



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2020, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2020

Statement von Dr. Simone Wisotzki

Vorsitzende der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2019 und im ersten Halbjahr 2020 geben. Ich möchte etwas zum Umfang, aber auch zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sagen. In 2019 erteilte die Bundesregierung 11.479 Einzelgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 8,02 Milliarden Euro. Das waren rund 3,2 Milliarden oder rund 66 Prozent mehr als im Jahr 2018. Damit ist der Genehmigungswert deutscher Rüstungsexporte auf einem neuen Rekordhoch angelangt und übertrifft sogar den Spitzenwert von 2015 (7,86 Milliarden Euro).

Blickt man auf die Zahlen des Rüstungsexportberichtes für das erste Halbjahr 2020, ergibt sich dort ein Exportwert an Einzelausfuhrgenehmigungen von 2,78 Milliarden Euro. Das ist ein deutlicher Rückgang zu 2019, allerdings sind solche Schwankungen noch kein Beleg für eine Trendwende hin zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik.

Problematisch ist aus Sicht der GKKE der hohe Anteil von Rüstungsexporten an Drittstaaten. Zwar liegt der Anteil 2019 nur bei 44 Prozent (2018 53 Prozent), was aber allein an den außergewöhnlich hohen Zahlen an Einzelgenehmigungen insgesamt liegt. Im Vergleich zu 2018 (2,55 Milliarden Euro) sind die Genehmigungen für Einzelausfuhren an Drittstaaten tatsächlich um nahezu eine Milliarde auf 3,53 Milliarden Euro gestiegen. Dies unterstreicht einmal mehr, dass der Export an Drittstaaten zur Regel geworden. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann in wenigen Einzelfällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben.

Unter den problematischen Drittstaaten findet sich Algerien in 2019 auf Platz zwei der Empfängerländer, auf Platz drei ist Ägypten. Auch im ersten Halbjahr 2020 nimmt Ägypten einen Spitzenplatz als Abnehmer deutscher Rüstungsexporte unter den Drittstaaten ein. Deutschland kooperiert mit dem Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi, das in der Kritik steht, Oppositionelle zu Tode zu foltern und Dissidenten zu entführen und zu töten. 2019 genehmigte die Bundesregierung unter anderem U-Boote von TKMS, obwohl sich Ägypten sowohl am Krieg im Jemen und am Bürgerkrieg in Libyen beteiligt, indem es Konfliktparteien beispielsweise mit Waffen unterstützt.

Auch die Vereinigten Arabischen Emirate erhielten 2019 und im ersten Halbjahr 2020 Einzelausfuhrgenehmigungen, obwohl sie der Jemen-Kriegskoalition angehören und weiterhin Luftangriffe im Jemen fliegen. Obendrein unterstützen sie regierungsfeindliche Milizen im Konflikt in Libyen mit Waffen, was gegen das VN-Embargo verstößt. Insgesamt verstößt die Bundesregierung mit dieser Genehmigungspraxis auch gegen die eigene Selbstverpflichtung aus dem Koalitionsvertrag, keine Rüstungsexporte in Staaten zu genehmigen, die „unmittelbar“ am Jemenkonflikt beteiligt sind – aber natürlich auch gegen den internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT).

Obwohl die Bundesregierung immer das Gegenteil beteuert, werden Staaten, in denen staatliche Organe systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, mit deutschen Rüstungsgütern beliefert. Auch genehmigt die Bundesregierung Rüstungstransfers in Regionen, in denen aktuell Gewaltkonflikte oder regionale Rüstungsdynamiken zu beobachten sind, wie etwa im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in der Region Ostasien. Die GKKE erneuert ihre Forderung an die Bundesregierung, keine Rüstungsexporte an Regierungen zu genehmigen, die Menschenrechte massiv verletzen oder die menschliche Sicherheit und Entwicklung ihrer Bürger gefährden.
